

Informationen zur Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 DSGVO

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Stadtverwaltung Pirmasens – Bauordnung
Schützenstraße 16, 66953 Pirmasens
Tel.: 06331 84 2250 (Vorzimmer)
E-Mail: bauordnung@pirmasens.de



2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Stadtverwaltung Pirmasens, Rechnungsprüfungsamt,
Bahnhofstr. 50, 66953 Pirmasens
Herr Andreas Mühlbauer (Tel. 06331 1489030)
Email: datenschutz@pirmasens.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Rechtsgrundlage: Art. 6 Abs. 1 c,d,e DS-GVO , BauGB, LBauO

Die Bauordnung erhebt und verarbeitet in deren Vorgängen, Anträgen, Anfragen, Beschwerden, Anzeigen, Schreiben und Widersprüchen personenbezogene und datenschutzrechtliche Angaben/Informationen. Die Erhebung von datenschutzrechtlichen Informationen erfolgt ausschließlich zur Wahrnehmung und Erfüllung von bauordnungsrechtlichen Aufgaben.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Die relevanten Daten werden hauptsächlich von den Mitarbeitern der Bauordnung und der Stadtplanung genutzt. Berechtigte Dritte, Verfahrensbeteiligte, Gerichte, Kanzleien, Polizeidienststellen, andere Behörden, weitere Ämter und Räte der Stadtverwaltung Pirmasens können verfahrensabhängig hinzugezogen werden und erhalten Zugriff zu datenschutzrelevanten Informationen.

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Eine Übermittlung von Informationen in ein Drittland ist je nach Verfahren möglich um eine korrekte Zustellung (Anschreiben, Bescheide, Anhörungen, Nutzungsuntersagungen, Verfügungen, Zwangsgelder) an Eigentümer/Adressaten zu gewährleisten.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Unterlagen und Daten werden in schriftlicher und digitaler Fassung dauerhaft aufbewahrt (Bauaktenarchiv/bauordnungsrechtliche Bearbeitungssoftware). Nach Abriss der Gebäude werden die Daten dem Stadtarchiv zur weiteren Verwendung angeboten.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrund-Verordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogene Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DSGVO), insbes. Soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.